



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 696 890

P/XIV/223 - 2. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Ohne Verhandlungen geht es nicht! Das Drama des Krieges in Algerien Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdP	134
4 - 5	Vierzig Jahre Internationales Arbeitsamt Noch viel Arbeit liegt für die Zukunft vor	89
6 - 7	"Bäumchen wechseln" in Schleswig-Holstein Parteien geben sich auf - Wähler werden getäuscht	80
8	Beispiel Kanada Verzicht auf Atombomben-Explosion. - Und Frankreich?	20
8	Matthäus Hermann ging von uns	22

\* \* \*  
\* \* \*

Ohne Verhandlungen geht es nicht!

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Wischniewski war in den Tagen nach der Erklärung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle zur Algerienfrage in Tunesien und hat dort mit Präsident Bourguiba sowie mit dem Präsidenten der Regierung der algerischen Aufständischen, Ferhat Abbas, und den Mitgliedern seines Kabinetts ausführlich über die Situation in Nordafrika sprechen können. Dem nachstehenden Artikel kommt daher besondere Bedeutung zu. D. Red.

+ + +

Der Krieg in Algerien dauert nun schon nahezu fünf Jahre. Hunderttausende von Toten sind zu beklagen. In diesen Tagen wird sich entscheiden, ob dieser Krieg noch länger dauern wird. Jeder Tag länger aber ist Wahnsinn, denn eine militärische Lösung kann es nicht geben. Die algerische Armee weiss, dass sie die französische Armee nicht schlagen kann. Aber auch die verantwortungsbewussten französischen Offiziere wissen, dass dieses Problem nicht mit Divisionen gelöst werden kann. Ein höherer französischer Offizier aus Bizerta erklärte mir gegenüber, dass man zur militärischen Lösung zwei Millionen Soldaten für viele Jahre in Algerien brauchte. Das aber sei völlig unmöglich.

FLN-Regierung sehr selbstbewusst

So bleibt also nur die Lösung durch politische Verhandlungen. In diesen Tagen habe ich mit vielen verantwortlichen algerischen Politikern gesprochen. Die algerische Exilregierung ist bereit zu verhandeln. Wenn zwei Parteien Krieg miteinander führen, und beide Parteien bereit sind, diesen Krieg zu beenden, dann müssen diese beiden miteinander reden. Das ist algerische Auffassung.

Ziemlich genau vor einem Jahr habe ich das erste Mal in Nordafrika mit algerischen Politikern gesprochen. Die Situation hat sich wesentlich geändert. Man ist selbstbewusster geworden. 16 Staaten haben die algerische Exilregierung anerkannt. Weitere werden folgen. Man verfügt über gut funktionierende Ministerien. In den Ministerien arbeitet man nicht nur für diesen Krieg, sondern schon für die Zukunft, für ein unabhängiges Algerien. So beschäftigt sich z.B. eine Kommission im Sozialministerium der algerischen Exilregierung mit den Problemen einer Bodenreform.

"Wir sind keine Kommunisten, aber ...."

Die politischen Verhandlungen müssen bald kommen, um diesen Krieg zu beenden. Aus den Ostblockstaaten wird den Algeriern laufend Hilfe angeboten. Insbesondere von Peking und von Pankow. Pankow hat offensichtlich eine besondere politische Mission für den gesamten

Ostblock im arabischen Raum übernommen. Man weiss natürlich, dass das Wort "Alemani" (Deutscher) hier einen guten Klang hat und man nutzt das politisch aus. Aus China sind schwere Waffen eingetroffen und werden noch weitere erwartet. In diesem Zusammenhang sagt mir ein Mitglied der algerischen Exilregierung: "Wir sind keine Kommunisten und werden auch keine werden. Aber wer in der Gefahr steht zu ertrinken, der fragt nicht nach der Farbe der Hand, die bereit ist, ihm zu helfen."

Die immer wieder vorgebrachte französische Behauptung, dass Algerien französisch bleiben müsse, um den Kommunismus dort zu verhindern, kommt hier überhaupt nicht an. Man weist mir nach, dass vor der tunesischen und marokkanischen Unabhängigkeit die gleichen Behauptungen aufgestellt wurden. Heute weiss jeder, dass der kommunistische Einfluss in Frankreich um ein vielfaches höher ist als in Tunesien und Marokko.

Hier in Nordafrika wissen die Algerier und Tunesier, dass die Ostblockstaaten an der Fortsetzung des algerischen Krieges interessiert sind. Dieser Algerienkrieg schwächt die NATO nicht unerheblich. Denn etwa 600 000 französische Soldaten stehen in diesem Kolonialkrieg und sind deshalb der NATO entzogen. "Wir wissen das und sind nicht daran interessiert, Verhandlungen können das schnell ändern," so sagte man mir.

#### Die Not der Flüchtlinge

Die Not der algerischen Flüchtlinge in Nordafrika ist gross. Die meisten Hilfslieferungen kommen aus der sowjetischen Zone Deutschlands. Pankow schickt immer direkt an den algerischen roten Halbmond (algerische Rot-Kreuz-Organisation), aus politischen Gründen. Auch das Rote Kreuz der Bundesrepublik hilft, aber nicht direkt, sondern über das internationale Rote Kreuz. Wenn die Sendungen in Nordafrika ankommen, dann weiss niemand, dass sie aus der Bundesrepublik sind. So muss ein völlig falsches Bild entstehen.

In Frankreich studierten 1 200 Algerier. Jetzt sind es nur noch 400 und es werden wohl noch weniger werden. Die meisten Studenten haben Frankreich verlassen und sind im Krieg oder studieren an anderen Orten. 120 Stipendien hat Pankow gegeben, aber auch die anderen Ostblockstaaten und wieder insbesondere China. Die Ostblockstaaten nehmen verwundete Algerier auf, die Ostblockstaaten stellen Ausbildungsplätze zur Verfügung, die Ostblockstaaten führen für die Algerier zweijährige Gewerkschaftsseminare durch. Immer die Ostblockstaaten. Die Algerier machen keinen Hehl daraus, dass sie viel lieber in den Westen gehen würden. Aber dort gibt es kaum Plätze und sie brauchen diese Plätze.

#### Bundesrepublik? - Nicht bekannt

In einem Waisenhaus bei Tunis, das die algerischen Gewerkschaften betreuen, treffe ich Kinder zwischen 12 und 15 Jahren, die in diesem Jahr ihren Urlaub in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands verbracht haben. Sie erzählen mir, dass es sehr schön war. Nur eines

hat ihnen nicht gefallen: Am letzten Tag ihres Aufenthalts kam ein Reporter des DDR-Rundfunks mit Bandgerät, um eine Sendung mit den Kindern zu machen. Der Reporter fragte die Kinder unter anderem nach ihrer Meinung über die Bundesrepublik, "die doch Frankreich in dem grausamen Krieg gegen das arme algerische Volk unterstützen würde". Der Reporter war sicher überrascht, als die Kinder ihm mitteilten, dass sie die Bundesrepublik leider nicht kennen würden und deshalb auch nichts sagen könnten. Auch das sollte also für politische Zwecke ausgenutzt werden.

#### Die "Er mordung" von fünf Deutschen

Gerade während der Zeit meines Aufenthalts in Tunesien gab das französische Hauptquartier in Algerien bekannt, dass fünf deutsche Angehörige der französischen Fremdenlegion auf tunesischem Boden von algerischen Soldaten ermordet worden seien. Selbstverständlich bemühte ich mich sofort um eine Klärung der Angelegenheit. Kein Wort war an dieser Nachricht wahr. Tunesische und algerische Behörden leisteten mir sofort alle nur denkbare Unterstützung. Drei von den fünf Legionären waren bereits über die deutsche Botschaft in Tunis in die Bundesrepublik zurückgeführt worden. Zwei befanden sich noch im inneren Algeriens bei der algerischen Armee. Auf meinen Wunsch wurden sie beschleunigt nach Tunesien geschafft. Sie sind in der Zwischenzeit den tunesischen Behörden übergeben worden und werden bald in der Bundesrepublik eintreffen. Im übrigen kann hier niemand verstehen, dass es in der Bundesrepublik nicht gelingt, den Zustrom zur Fremdenlegion einzudämmen. Natürlich weiss man hier sehr genau, dass 70 Prozent aller Legionäre aus beiden Teilen Deutschlands kommen. Bei der überaus schwierigen Rückführung deutscher Legionäre aus dem Landesinneren Algeriens nach Tunesien und Marokko hat die algerische Armee schon Leute verloren. Man ist weiter bereit, gefangene und desertierte deutsche Legionäre zurückzuführen. Aber man bittet mich, bei allen Dienststellen der Bundesrepublik dafür einzutreten, dass das an den algerischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik wieder gut gemacht wird.

#### Atmosphäre entgiften!

Es wäre noch viel zu berichten von Gefängnissen und Konzentrationslagern in Algerien und von Grausamkeiten auf beiden Seiten. Aber warum? Jetzt muss alles vermieden werden, was die Atmosphäre vergiften kann. Verhandlungen sind notwendig und nichts anderes. Die Freunde Frankreichs und die Freunde Algeriens müssen helfen, um die beiden zueinander zu führen. Der König von Marokko und der Präsident von Tunesien haben sich als Freunde Algeriens bereit erklärt. Jetzt kommt es auf die Freunde Frankreichs an. Die Chance war nie so gross wie in diesen Tagen. Dieser Bericht soll zeigen, was auf dem Spiel steht.

### Vierzig Jahre Internationales Arbeitsamt

KvK. Nicht ganz soviel wie von der UNO oder UNESCO wird von dem OIT, der Kurzbezeichnung des Internationalen Arbeitsamts gesprochen. Aber im Grunde ist der Begriff dieser Institution vor allen arbeitenden Menschen. Relativ klein aber ist die Zahl derer, die wirklich wissen, welche eminente Bedeutung diese Organisation besitzt, die jetzt auf ihr 40-jähriges Bestehen zurückblicken kann.

Als durch die Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg das Internationale Arbeitsamt in Verbindung mit dem Völkerbund gegründet wurde, ahnten die wenigsten, dass die OIT als einzige den Stürmen der Jahre 1919-1939 unversehrt standhalten würde und selbst in bescheidenem Rahmen den Krieg 1939-45 überdauern konnte.

Als man 1946 an die Wiederbelebung der OIT ging, hatte man aus den Völkerbundserfahrungen gelernt. Die Spezial-Institution zur Regelung sozialer und Arbeitsprobleme wurde mit den Vereinten Nationen verbunden, behielt ihren ursprünglichen Sitz in Genf, an den Ufern des Lac Lemán inmitten eines grossen Parks, bei.

Die OIT besitzt heute 80 Staaten als Mitglieder. Die gemeinsame Versammlung, die man ein Weltarbeitsparlament nennen kann, zählt 900 Delegierte, technische Beiräte und Beobachter. Bei der Internationalen Arbeitskonferenz ist jede Regierung durch einen Repräsentanten vertreten, während die Arbeiter- und Unternehmerschaft je einen Vertreter entsenden. Diese beiden letzteren sind natürlich nicht an die Weisungen ihrer Regierungen gebunden und stehen - ebenso natürlich - auch untereinander sehr oft im Gegensatz. Umso mehr sind Beschlüsse und Empfehlungen von besonderer Bedeutung, die einstimmig oder mit grosser Mehrheit angenommen werden. Diese Dreisamkeit des Aufbaues war eine der wesentlichen Stärken der OIT, die Stürme der vergangenen 40 Jahre zu überstehen.

Es dürfte billig sein, denjenigen Männern der OIT zu gedenken, die an ihrer Spitze bis heute standen und stehen. Der 1. Generaldirektor von 1919 war der französische Soziologe und Staatsmann, Albert Thomas, dem 1932 - nach seinem Tode - dessen Vertreter, der Engländer Sir Harold Butler folgte. Ein Jahr vor dem letzten Krieg übernahm John Winant, der amerikanische Staatsmann, die Verantwortung in den schwierigen Jahren bis 1941. Er war gezwungen, kurz vor seinem Rücktritt, nach dem ihm Phelan, seit 1919 der wichtigste Beamte in der Geschäftsführung, folgte, das Büro wegen der Kriegsergebnisse nach Canada zu verlegen. Phelan oblag die Pflicht, von hier aus Ideen über den Krieg zu retten und die von der Internationalen Konferenz neu gegebene Definition der Ziele für den kommenden Frieden vorzubereiten. Phelan trug die Verantwortung bis 1948, wo ihn der ehemalige amerikanische Staatssekretär im Arbeitsministerium,

David Morse, ablöste und bis heute die Geschicke der wieder nach Genf verlegten Institution leitet.

Der Hauptzweck der OIT ist, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der ganzen Welt zu erreichen und die sozialen Reformen durchzuführen. Hierzu dient die Internationale Konferenz. Diese ist nun nicht etwa eine "diplomatische" Versammlung, sondern in praktischer Arbeit werden Wege gesucht und Beschlüsse gefasst und die Staaten, die diese Beschlüsse ratifizieren, übernehmen die Verpflichtung, sie für verbindlich anzuerkennen. 211 Conventionen und Empfehlungen bilden bisher so etwas wie ein "Gesetzbuch der Arbeit". Dies enthält Anweisungen und Normen für u.a. folgende Fragen: Arbeitszeit, Soziale Sicherheit, Schutz der Mutterschaft, Nachtarbeit der Frauen, Vergütung der weiblichen Arbeitskraft, bezahlter Urlaub, Arbeitslosigkeit, Mindestlöhne, sowie Vorsorge für Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle. Aus diesen Konventionen wurden von den Nationen seit Ende des letzten Krieges 1000 Ratifikationen hinterlegt und es wird in Genf mit Befriedigung konstatiert, dass mehr und mehr Staaten sie anerkennen und in ihrem nationalen Bereich als Gesetz erlassen.

Nachdem in den letzten Jahren der technische Fortschritt eine solche rasante Entwicklung genommen hat, stellte sich die OIT die Aufgabe, sich besonders der Folgeerscheinungen der Technik anzunehmen. Ausserdem fiel ihr die Verpflichtung zu, den unterentwickelten Ländern beizustehen und sie der Vorteile der Technik teilhaftig werden zu lassen, indem sie die Erfahrungen aus den anderen Staaten diesen zugute kommen liess. Über 50 Nationen werden von der technischen Beratung betreut, aus 45 Ländern arbeiten ca. 900 Experten für diese Aufgabe.

Einen breiten Raum in der Gesamtarbeit nimmt die Sorge für Sicherheit und Hygiene ein. Durch das Atomzeitalter tat sich ein neues Feld auf, das intensivster Arbeit bedarf. Im Zusammenwirken mit der "Gesellschaft für soziale Sicherheit" bereitet die OIT ein internationales Informationszentrum für Sicherheit aus, das die systematische Verteilung der Erfahrungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherheit vorzunehmen hat. Die Leistung, die gerade hier vollbracht wird, ist so evident, dass ohne sie der eminente technische Fortschritt kaum ohne ganz grosse Verluste an Menschenleben vorstatten gehen könnte.

Viel Arbeit liegt für die Zukunft bereit. Auszubauen sind die schon vorhandenen Gebiete, dann das enorme Problem der Jung-Arbeiter, Frauen- und Kinderarbeit, sowie die Fort- und Weiterbildung der Arbeiter. Nur andeuten konnten wir die Leistungen dieser Institution, die einer Welt Sorge entsprach. Wir können der OIT keinen besseren Wunsch zu ihrem Geburtstag aussprechen, als wenn wir ihr die Realisierung der Gründungspräambel als Verpflichtung ins Gedächtnis zurückrufen, die lautet:

"Ein wahrer und dauerhafter Friede ist begründet allein in der sozialen Gerechtigkeit!"

"Bäumchen wechseln" in Schleswig-Holstein

mu.- Kiel

Jetzt haben die Politiker auf dem rechten Flügel der Parteienskala in Schleswig-Holstein damit begonnen, die Bäumchen zu wechseln. Die pure Angst vor dem neuen Landeskommunalwahlgesetz, das nach dem Willen der beiden grossen Parteien, der Sozialdemokraten und der Christlichen Demokraten, Klarheit und Wahrheit in die Rathäuser, Kreistage und Gemeindeparlamente bringen soll, treibt sie dazu, ihre Firmenschilder zu tarnen oder völlig aufzugeben. Niemand vermag vorausszusagen, ob sich diese Politiker nicht im Wald der Übertritte, Rücktritte, Eintritte, Austritte oder Verzichte zur Wahl am 26. Oktober verirren werden und am Ende dann gar keine politische Heimat mehr besitzen.

Bei all dem wird der Wähler nicht gefragt. Nunmehr rächen sich die Sünden der Vergangenheit jener Parteien, die in den zurückliegenden zehn Jahren glaubten, ihre Chancen künstlich durch das Zusammengehen in "Wahlblöcken" und "Wählergemeinschaften" erhöhen zu können. Bei den Landtags- und Bundestagswahlen sind sie immer damit hereingefallen.

Jetzt haben die Freien Demokraten beispielsweise im Landkreis Flensburg darauf verzichtet, eigene Kandidaten aufzustellen. Die Furcht vor der Fünf-Prozent-Sperrklausel des Kommunalwahlgesetzes bei der Nicht-Mehr-Zulassung von Wahlblöcken hat diese Partei dazu getrieben. Dagegen wird die Deutsche Partei in allen Wahlbezirken des Landkreises Kandidaten aufstellen und - siehe da - vier führende Vertreter der FDP werden zur Deutschen Partei übertreten. Das soll, wie versichert wird, nur für die Dauer der Legislaturperiode geschehen, aber die Folge ist, dass der FDP-Vorstand in diesem Kreis an der dänischen Grenze neu gewählt werden muss, weil der bisherige zur DP übergetreten ist.

Im Kreis Eckernförde ist das "Bäumchen wechseln" in anderer Richtung vorgenommen worden. Die bisherigen Mitglieder des Kreisvorstandes der Deutschen Partei sind hier zur FDP gegangen. Darunter befindet sich auch ein Dr. Schifferer, der schon früher einmal von der DP zur FDP ging, dessen Vater aber im früheren Provinziallandtag im Norden einmal so etwas wie eine liberale Tradition zu bilden verstand. Die Ursache ist hier die gleiche wie im Flensburgischen. Der arme Wähler, der dort "seine" FDP und hier "seine" DP auf dem Stimmzettel sucht, wird vergeblich bemüht sein.

In den traditionellen Hochburgen der Sozialdemokraten, die nach dem neuen Wahlgesetz als grosse Partei hier wie überall im Lande mit einer

Verstärkung ihrer Position rechnen können, wird die CDU von der gleichen Furcht geplagt wie ihre kleinen Brüder. So will die CDU in der Landeshauptstadt Kiel mit der FDP eine Listenwerbung eingehen und ihr einen Wahlkreis abtreten. Hier wiederum werden die CDU-Wähler ihre Partei nicht vorfinden. Die Deutsche Partei ist mit von der Partie. Sie bekommt zwar keinen Wahlkreis von der CDU, empfiehlt aber dafür, den CDU-Kandidaten zu wählen.

Innenminister Dr. Lenke (CDU) hat das neue Kommunalwahlgesetz so interpretieren lassen, dass Parteien, die vor der Wahl eine Listenverbindung eingingen, nach der Wahl eine "Fraktionsgemeinschaft" bilden dürfen, also Anspruch auf die wichtigen repräsentativen Positionen wie etwa des Stadtpräsidenten erheben können. So also will man beispielsweise der stärksten Partei, der Sozialdemokratie, ein solches Amt aus den Händen winden. Die Sozialdemokraten haben in Landtag gegen diese unfaire Interpretierung des Wahlgesetzes eine Klage angekündigt. Was Lenke tat, verletzt nach ihrer Ansicht Geist und Inhalt des neuen Kommunalwahlgesetzes und des Grundgesetzes, wonach die politischen Parteien Träger des demokratischen Staates sind.

Der Gesamtdeutsche Block, der so viele Jahre in der Regierungskoalition mit der CDU segelte, will diesmal, jedenfalls dort wo es geht, alleine gehen. Am liebsten hätte er aber wohl die Gemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Rathausparteien mit benutzt, um nicht allzusehr an Einfluss nach einem Stimmenrückgang von Wahl zu Wahl zu verlieren. Indess - der Innenminister liess diese Neuauflage von Wahlblöcken nicht zu, obwohl die Gemeinschaft noch in letzter Stunde die Zulässigkeit der Doppelmitgliedschaft für ihre Mitglieder aus dem Parteiprogramm gestrichen hatte. Sehr viel wird man allerdings von dem Gesamtdeutschen Block in Schleswig-Holstein nicht mehr erwarten können, wurde doch erst der Bezirksvorsitzende dieser Partei in Flensburg, ein Ludwig Genz, wegen "grob parteischädigenden Verhaltens" aus seiner Partei ausgestossen. Die innerparteilichen Kämpfe halten in Schleswig-Holstein an.

Die Wahl wird bereits gegen Mitternacht des Wahltages am 25. Oktober ein klares Bild von der Stärke der Parteien bringen. Das ist bei den Christlichen Demokraten zum ersten Mal möglich, weil sie bisher bei Kommunalwahlen immer in Wahlblöcken "untertauchten". Die Sozialdemokraten, die den Turm der 30-Prozent-Sperre in Norden längst zertrümmert haben, erwarten weitere Stimmgewinne. Bei der Kommunalwahl am 29.4.1951 waren es 29,9 Prozent, bei der letzten Kommunalwahl am 24.4.1955 über 35,2 Prozent und bei der letzten Landtagswahl am 29.9.1958 bereits 35,9 Prozent der abgegebenen Stimmen, die auf die SPD entfielen. Das Ganze läuft auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden grossen Parteien hinaus, während die kleinen auf dem rechten Flügel durch das Bündnis-wechseln die letzten Anstrengungen unternehmen, künftig noch hier und da in Erscheinung treten zu können.



### Beispiel Kanada

sp - Aus Kanada kam eine gute Nachricht. Die Regierung hat beschlossen, die für diesen Winter geplante unterirdische Explosion einer Atombombe zurückzustellen. Sie will damit, wie es ausdrücklich in einer Erklärung heißt, der internationalen Entspannung dienen. Obwohl diese geplante Explosion weniger militärischen als vielmehr wissenschaftlichen Zwecken dienen sollte, glaubt die kanadische Regierung mit ihrem Entschluß die internationalen Verhandlungen über das Abrüstungsproblem günstig beeinflussen zu können. Das ist ein weiser Entschluß, der Nachahmung verdient. Die USA, die Sowjetunion und Großbritannien haben seit einem Jahr ihre Atombomben-Versuche eingestellt. Auch sie wollten damit demonstrieren, daß es ihnen sehr ernst ist mit den Verhandlungen über den Stopp der Atomwaffen-Versuche in Genf. Aus Paris hat man bis zur Stunde leider noch nicht gehört, daß die französische Regierung ebenfalls auf das angekündigte Atombomben-Experiment in der Wüste Sahara zu verzichten gedenkt. Im Gegenteil, die letzten Nachrichten sprechen von "intensiven Vorbereitungen für den Versuch der französischen Atombombe". Hoffen wir, daß Kanadas Beispiel Schule macht. Wenn Paris auf sein Experiment verzichten würde, könnte sicher viel für den Erfolg der bald wieder beginnenden Genfer Atomexperten-Verhandlungen erreicht werden.

+ + +

### Matthäus Herrmann ging von uns

sp - Im 81. Lebensjahr starb in Warmensteinach in Bayern Matthäus Herrmann. Er wurde am 8. Juni 1879 in Warmensteinach geboren. Seit 1903 war der ehemalige Heizer und Lockführer Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Von 1918 bis 1928 vertrat er die Bevölkerung des Fichtelgebirges im Bayerischen Landtag. Vom Kabinett Hermann Müller wurde er in den Verwaltungsrat der "Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft" berufen. Dazu gehörte er verschiedenen Ausschüssen des Internationalen Arbeitsamtes Genf an. Ihn konnten weder die Verhaftungen des Jahres 1933 noch die Drangsalierungen im KZ Dachau brechen. Er stand mit auf der Kabinettliste von Dr. Goerdeler, das führte nach dem 20. Juli 1944 zu seiner erneuten Verhaftung. Nach dem Zusammenbruch gehörte er als Vizepräsident der verfassungsgebenden Landesversammlung, dann dem Bayerischen Landtag und in der ersten Periode dem Deutschen Bundestag an. Als stellvertretender Vorsitzender des Verbandes deutscher Eisenbahner hat er mit besonderer Tatkraft und mit bedeutendem Erfolg für das Wohl der deutschen Eisenbahner gewirkt. 1954 erhielt er dafür das große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Ein ganzer Stadtteil in Nürnberg kündigt heute von seinem vorbildlichen Einsatz für seine Berufskameraden. Matthäus Herrmann blieb sich und seinen Idealen von frühester Jugend bis ins hohe Alter treu. Mit ihm verliert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands einen ihrer Besten.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel